

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mt., bei Selbstabholung 5.50 Mt. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mt., für einen Monat 6.— Mt., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg., Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — **Postfachkonto** Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 10/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 10/21 — Telephon 4596

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mt., bei Platzvorkauf 2.30 Mt.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mt., Reklame-Kolonelle 7.50 Mt. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die tägliche Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Die U. S. P. Berlins gegen Mordungarn.

Berlin, 3. Januar. (Eigene Drahtmeldung der U. S. P.) Die Demonstration der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei gegen die Justizmordurteile der ungarischen weißen Garde-Regierung waren infolge des kurz einsetzenden Regens nicht so stark besucht wie gewöhnlich. Immerhin muß die Zahl der Teilnehmer bei vorzüglicher und niedriger Schätzung auf 50 000 gerechnet werden. Die rote Fahne hatte, da sie mit ihrem Aufzug zum Protest zu spät gekommen war, am Neujahrstage in ihrer Neujahrnummer, ohne bekanntzugeben, daß die U.S.P. bereits zur Demonstration aufgerufen habe, ihre Anhänger aufgefordert, an einer Demonstration im Postgarten teilzunehmen. Es waren dann die Redner der SPD. aufgeführt worden. Es handelte sich also um eine feige Fälschung der Weitermissionen. Die rote Fahne verfuhr unsere Demonstration in ihre unzulässigen. Trotzdem waren die weitans größten Massen der Teilnehmer der Demonstration Anhänger unserer Partei, so daß unsere gesamten Redner voll zu Worte kamen. Alle Nachrichten des bürgerlichen Korrespondenzbureaus Sozialdemokraten über Störungen der Demonstration durch Schlägereien sind frei erfunden. Von unseren Konnern haben völlig ohne Störung gesprochen: Crippien, Kolensfeld, Kunkler, Dr. Moses, Otto Meyer und Fr. Herk sowie die Genossin Wulff.

In einzelnen Stellen hatten die Kommunisten ihre Redner aufgestellt. So sprach Heder und Ab. Hoffmann. Sie wurden ohne Störung ruhig angehört. Nur als der Kommunist Pica nach dem Genossen Crippien das Wort ergriß und sich in Beschimpfungen der ungarischen Sozialisten erging, wurde er am Weiterreden durch Zwischenrufe gehindert und ihm schließlich durch den Arbeiterführer der die Internationale ankündete, das Wort abgekauft. Dann ergriß nochmals Crippien zur kurzen Schlussansprache das Wort. Unsere Genossen verließen in völlig geordnetem Zuge den Demonstrationsplatz. Erst nachdem unsere Parteigenossen den Platz verlassen hatten, kam es zu den üblichen Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern der SPD. und SPD., die sich noch längere Zeit hinzogen. Aber auch hierbei ist es nicht, wie bürgerliche Blätter melden, zu irgendwelchen Schlägereien gekommen. Die Demonstration hat somit von neuem den Beweis erbracht, daß unsere Partei noch bei weitem die größte Sympathie bei der Berliner Bevölkerung besitzt.

## Eine neue französische Protesnote.

Berlin, 31. Dezember 1920. (W.F.B.) Wie der deutsche Botschafter in Paris mitteilt, ist ihm heute eine Note der französischen Regierung zugegangen, in der die Behauptung aufgestellt wird, daß Deutschland in einer Reihe wesentlicher Punkte gegen die in Spa übernommenen Verpflichtungen verstoßen habe. Die Note schließt:

„Die französische Regierung nimmt, soweit sie beteiligt ist, kein Ansehen an diesen Verträgen, die Deutschland gegen die freiwillig übernommenen Verpflichtungen begangen hat. Die alliierten Regierungen werden über diese Verstöße zu befinden haben.“

Zu dieser Note läßt die Regierung bemerken: Nach dem Protokoll von Spa sollten die Kontrollkommissionen darüber berichten, ob die deutsche Regierung die übernommenen Verpflichtungen loyal erfüllt. Deutschland hat sich nach besten Kräften und in voller Loyalität bemüht, den Anforderungen des Protokolls gerecht zu werden. In den Ländern der Alliierten ist der Erfolg dieser Bemühungen von Staatsmännern wie in Parlament und Presse anerkannt worden. In der vorliegenden Note aber sollte offenbar, um den im Spa-Protokoll festgesetzten Termin vom 1. Januar zu wahren, alles zusammengefaßt werden, was nach Ansicht der Kontrollkommissionen überhaupt als Mangel oder Verletzung in Betracht kommen könnte.

## Gegen die getrennte Abstimmung der Oberschlesier.

Berlin, 31. Dezember. Die deutsche Friedensdelegation in Paris hat gestern gegen den Beschluß des Botschafterrates vom 27. dieses Monats bezüglich der Abstimmung in Oberschlesien Verwahrung eingelegt. Die eingehende Beantwortung der Note des Botschafterrates wird nach einer baldigst stattfindenden Sitzung des Reichskabinetts erfolgen.

## Kraffin nach Moskau zurückberufen.

Moskau, 29. Dezember. In einem amtlichen Bericht über den Gang der Verhandlungen zwischen England und Sowjetrußland heißt es:

Am 30. Juni schlug die englische Regierung vier grundlegende Bedingungen für die Erneuerung der Handelsbeziehungen mit Rußland vor. 1. Sowjetrußland und England verpflichten sich, jeder feindseligen Haltung gegen die andere vertragsschließende Partei zu entsagen. 2. Zwischen beiden Ländern findet Austausch der Kriegsgefangenen statt. 3. Beide Länder bezahlen den Bürgern des anderen Landes die ausgelieferten Waren und die geleisteten persönlichen Dienste. 4. Die Bedingungen für die Erneuerung des Warenverkehrs sind auszuarbeiten. Diese Bedingungen wurden von Sowjetrußland angenommen, was der britischen Regierung noch am 7. Juli 1920 mitgeteilt wurde. Die englische Regierung, die noch unlängst die Zulieferung anerkannte, hat jetzt ihre Stellung dazu völlig geändert. Heute

lehnt England die im Juli übernommenen Verpflichtungen scharf ab. Die Sowjetregierung hat daher beschlossen, ihren Vertreter Kraffin zu Beratungen nach Moskau zurückzurufen.

## Einigung in Fiume.

Rom, 1. Januar. Die Fiumer Verhandlungen zwischen General Caviglia und den Vertretern von Fiume haben in den Hauptpunkten zu einer Einigung geführt. In erster Linie wurde der Zeitpunkt der Abreise d'Annunzio und die Entlassung der in Fiume nicht beheimateten Legionäre erörtert. Die Frage der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung wurde vornehmlich der Fiumer Miliz überlassen. Andre Einzelheiten der Uebereinkunft sollen in einer weiteren Zusammenkunft geregelt werden, ebenso die Festlegung von Bürgerkassen für die Durchführung des Abkommens innerhalb der vorgesehenen Frist. Nach der Konferenz erklärte sich General Caviglia bereit, die militärischen Handlungen einzustellen.

## Die Montenegriner protestieren.

Paris, 2. Januar. Nach einer Radio-Meldung aus Belgrad haben die Montenegriner in einem Aufruf an das französische Volk ihre Enttäuschung über die Stellungnahme Frankreichs in der montenegrinischen Frage ausgedrückt. Das montenegrinische Volk werde den Kampf nicht aufgeben, bis ihm das Recht zugestanden werde, frei über sein Schicksal zu verfügen.

## Ein Plan des französischen Ministerpräsidenten zur Sanierung Oesterreichs.

Wien, 3. Januar. (M.) Der Wiener Korrespondent des Tages, Marcel Dunan, machte den hiesigen Blättern Mitteilung über einen Rettungsplan für Oesterreich, den der französische Ministerpräsident entworfen habe und der in den Mittelpunkt die Sanierung der Währung stellt. Nach der Liquidierung der Oesterreich-Ungarischen Bank soll die Organisation einer Notenbank erfolgen, die neues stabiles Geld herausgibt, das genügend solide Kaufkraft hat, um einen Preisabbau möglich zu machen. Ferner ist die Wiederherstellung normaler Beziehungen zu den Nachbarstaaten und eine Aktion in Oesterreich selbst geplant, die auf eine energische Einschränkung der Ausgaben und eine Reform des Steuersystems hinführt.

## Noch eine Volksabstimmung in Wien.

Die Schweizerische Depesch-Agentur berichtet: Entgegen der anderslautenden Meldung aus Romo steht der Völkerbundrat die Ausführung seines Beschlusses hinsichtlich der Organisation einer Volksabstimmung in dem kritischen Gebiete von Wien fort. Er hat am 23. Dezember der litauischen und der polnischen Regierung ein Schreiben übermittelt zu dem Zweck, alle Hindernisse für die baldige Verwirklichung dieser Volksabstimmung zu beseitigen. Die belgischen, britischen, dänischen, spanischen, französischen, norwegischen und schwedischen Truppenabteilungen hatten sich zur Abfahrt bereit, sobald der Völkerbundrat von der litauischen und der polnischen Regierung die endgültige Antwort erhalten hat. Die materielle Organisation des Transportes und der Verpflegung der Truppen ist der französischen Regierung übertragen worden. Von den Zivilkommissaren, welche die Art und Weise der Volksabstimmung feststellen, sind bereits drei in Warschau eingetroffen. Die beiden andern werden sich unverzüglich dorthin begeben.

## Der Frieden zwischen Rußland und Finnland in Kraft.

Helsingfors, 2. Januar. Die Ratifikationsurkunden des Friedensvertrags zwischen Finnland und Rußland sind am Mittwoch in Moskau ausgetauscht worden, so daß der Frieden zwischen beiden Ländern am 29. Dezember in Kraft getreten ist.

## Kampf gegen die Kommunisten in Südslawien.

Nach Meldungen aus Südslawien wurde zwischen den Delegierten der demokratischen und radikalen Partei eine vollkommene Einigung bezüglich der Zusammenfassung der neuen Regierung erzielt. Die Neubildung des Kabinetts ist erfolgt. Palatich hat den Vorsitz übernommen. Der Ministerrat hat beschlossen, alle kommunistischen Organisationen aufzulösen und die strengsten Maßnahmen gegen die bolschewistische Propaganda zu treffen. — Der von den Kommunisten verübte allgemeine Aufruhr ist nach einer Meldung des südslawischen Pressebureaus mäßigungen. Zwischen der Polizei und Kommunisten kam es zu kleineren Zusammenstößen, bei denen erstere auf Steinwürfe durch Abgabe blinder Schüsse antwortete, worauf sich die Demonstranten zerstreuten.

## Kongress der spanischen Sozialisten.

Madrid, 2. Januar. Hier findet am 15. Januar ein Kongress der spanischen Sozialisten statt, auf dem zwei für die Rückkehr zurückgekehrte Parteimitglieder, die Deputierten de los Rios und Anguiano, über ihre Reise Bericht erstatten werden.

## Das Urteil im Hoyerwerdaer Landfriedensprozeß

Görlitz, 31. Dezember 1920. In dem Prozeß vor der hiesigen Strafkammer wegen Landfriedensbruchs in Verbindung mit den Vorgängen in Hoyerwerda vom 16. April 1919 wurde heute das Urteil gefällt. Von den 33 Angeklagten wurden 23 des Landfriedensbruchs für schuldig erachtet, die übrigen 10 freigesprochen. Die Strafen bewegen sich zwischen zwei und neun Monaten Gefängnis.

## Ein Verbrechen an der deutschen Wirtschaft.

F. In den letzten Jahren ging eine Flut deutschen Geldes ins Ausland, um der Vermögensabgabe und sonstiger Besteuerung zu entgehen. Man hat auch bereits damit begonnen, Maschinen und ganze Industriewerke ins Ausland zu verschleppen. Das Angeheuerste, was aber jetzt auf diesem Gebiete geschieht, ist die Verschleppung deutscher Naturschätze an ausländisches Kapital durch die bayerische Regierung. Grund und Boden kann man nicht in ein Postpaket einpacken, um ihn ins Ausland zu bringen, deshalb mußte man einen anderen Weg wählen. Es werden Aktiengesellschaften gegründet, an denen sich ausländisches Kapital beteiligt und Deckung durch Verpfändung der Naturschätze findet.

Bereits Mitte Dezember war der bayerische Finanzminister Krausend in der Schweiz, um mit amerikanischen Finanzleuten über die Aufnahme einer Anleihe zu verhandeln. Damals wurde offiziell die irreführende Meldung verbreitet, daß es sich um die Lieferung von Lebensmitteln handele. In Wirklichkeit handelte es sich aber um die Finanzierung der bayerischen Wasserkraftwerke und der bayerischen Schiffahrtswerte durch das Ausland, die gleichbedeutend mit einer Verpfändung dieser Objekte an das ausländische Kapital ist. Was die bayerische Regierung jetzt im Begriff ist, zu tun, ist ein ungeheures Verbrechen an der deutschen Wirtschaft und der bayerische Landtag leistet unter Mitwirkung der Rechtssozialisten zu diesem Unterfangen hilfreiche Hand. Der Haushaltsausschuß des bayerischen Landtages wurde in der letzten Plenarsitzung vor den Weihnachtsferien vom Landtag ermächtigt, einen Kredit von 100 Millionen Mark zu beschließen, ohne daß die Angelegenheit nochmals im Plenum behandelt werden sollte. Dies geschah gegen den Protest der U.S.P., die volle Öffentlichkeit für diese hochwichtige Angelegenheit forderte. Das Anleiheprojekt wurde also im Ausschuss begraben, der noch einen dichten Schleier des Geheimnisses darum breitete und einen Teil der Verhandlungen für vertauslicht erklärte. Die Anleihe sollte nach einer Erklärung der Regierung zum Ausbau der Wasserkraftwerke „Walchenseewerk“ und „Riffere Jar“ verwendet werden, die zur Landesversorgung und zur Elektrifizierung der Bahnen ausgebaut werden sollen. Diese beiden Riesenwerke sind die bedeutendsten Anlagen ihrer Art in Deutschland und haben gerade für Bayern mit seinem Rohstoffmangel unabsehbare wirtschaftliche Bedeutung. Weil nun nach Meinung der Regierung und der bürgerlichen Parteien in Deutschland das notwendige Kapital angeblich nicht aufgebracht werden kann, müsse das Ausland zur Finanzierung herangezogen werden. Bei dieser Schiebung machen die bayerischen Rechtssozialisten unbeschämte Mißbrauch. Der Mangel an deutschem Kapital ist natürlich nur eine Ausrede, um die Verschleppung der Werke ins Ausland vorzuführen zu können. Es handelt sich im ganzen um circa 700 Millionen Mk. Daß man diese Summe in Deutschland nicht aufbringen kann, wird wohl niemand ernsthaft behaupten wollen, denn das Wohl der deutschen Wirtschaft am Herzen liegt. Aber den bayerischen Schiebern handelt es sich nicht um das Wohl der deutschen Wirtschaft, sondern um ihren Geldbeutel und um ihren Profit. Nun mögen dabei auch, bewußt oder unbewußt, das sei hier nicht unterucht, die heimischen Pläne über das einseitige Wirtschaftsgebiet München-Wien-Budapest eine Rolle spielen. Frankreich, als wirtschaftspolitisch vorgehobener Posten Amerikas arbeitet immer noch auf die Postreue Süddeutschlands vom Reich hin, um dann die abgeplitterten Gebiete wirtschaftlich in die Hände zu bekommen und einen sicheren Zugang nach Osteuropa, den Balkanländern und Adruklav zu haben. Durch die Verpfändung der bayerischen Wasserkraftwerke und Wasserkraftwerke wird nun dem amerikanisch-französischen Imperialismus der erste Schritt erleichtert zu seiner mitteleuropäischen Expansionspolitik.

Die Reichsverfassung sieht die Ueberführung der Wasserstraßen in den Besitz des Reiches vor und auch für die Wasserkraftwerke hat sich die Reichsregierung die Verechtsigung vorbehalten. Nun hat aber der Vertrauensmann des Herrn Stinnes, der Reichsfinanzminister Raumer, mit der bayerischen Regierung Vereinbarungen getroffen, wonach keine allgemeine Verechtsigung empfohlen wird, sondern die Bildung von sogenannten Bezirksamtsvereinen, die in eine Reichsvereinsgesellschaft zusammengefaßt werden sollen. Durch die guten Beziehungen, die der Reichsfinanzminister mit Herrn Stinnes hat, war es dem bayerischen Finanzminister ein Leichtes, ihn für seine Pläne ganz zu gewinnen. Die finanzielle Not des Reiches wird jetzt von gewissenlosen Spekulanten ausgebeutet und in baren Gewinn für ihre Privatfische umgemünzt. Das sogenannte Auslandskapital ist nur zum Teil beteiligt. Dagegen erscheint als Auslandskapital das von deutschen Kapitalisten ins Ausland verschobene Geld, das in Devisen verwandelt, jetzt durch die Hände amerikanischer Geldgeber wieder in deutschen staatlichen Werken angelegt wird und dadurch der Besteuerung, vor allem der Vermögensabgabe in Deutschland entgeht. Neben der achtprozentigen Verzinsung und den ungeheuren Valutogewinnen,